

## **LÜP: Stellenabbau und Reduktion Besoldungsanpassung**

**21 Vollzeitstellen sollen abgebaut werden - wie viele Mitarbeitende davon betroffen sind, ist nicht bekannt. Die Auswirkungen der Sparvorgaben auf Stellen bei der PHTG oder in der Sekundarstufe I, wo die Klassengrösse erhöht wird, werden sich erst später zeigen. Auf die Mitarbeitenden der Notariate, Grundbuch-, Friedensrichter- und Betreibungsämter kommen grosse Umstellungen zu.**

Der Regierungsrat hat es sich bei der Ausarbeitung des Sparpakets nicht leicht gemacht und eine Lösung vorgelegt, zu der die verschiedensten Kreise beitragen müssen. Das wird anerkannt - darum wird die Reduktion der Besoldungsanpassung von 1.7% auf 1% mitgetragen. Sie darf sich aber nicht wiederholen: Die Lohnentwicklung muss dazu beitragen, dass der Kanton als Arbeitgeber an Attraktivität gewinnt und nicht verliert. Das Personal erwartet zudem, dass bei einer Verbesserung der Finanzlage die fünfte Ferienwoche endlich vervollständigt wird. Positiv ist, dass keine Lohnnebenleistungen des Kantons an die Mitarbeitenden gestrichen werden und dass das DFS fünf Stellen aufstockt.

Die Reorganisation der Kreisbehörden darf nicht dazu führen, dass Mitarbeitende Einbussen beim Einkommen in Kauf nehmen müssen oder vorzeitig in eine Pensionierung gedrängt werden, welche Rentenkürzungen zur Folge haben. Aus Personalsicht braucht es für die Reorganisation länger als die vorgesehenen zwei Jahre.

Die Finanzierung der Leistungsprämien über gebundene Boni darf nicht zu einer „falschen Zurückhaltung“ führen, zudem muss gewährleistet sein, dass auch kleine Ämter weiterhin Leistungsprämien ausrichten können.

Sehr bedauerlich ist, dass auch die Leuetatze als wertvolles Informationsorgan dem Rotstift zum Opfer fällt. Die Reduktion bedeutet ein Verlust an Aktualität und Wertschätzung gegenüber dem Personal - damit geht ein Stück Personalkultur verloren.

Weit über die Hälfte der Stellen gehen bei den Mittel- und Berufsschulen verloren. Nicht nachvollziehbar ist, dass der Kanton bei den Brückenangeboten Stellen beim Kanton streicht, statt beim privaten Anbieter desselben Angebots. In den letzten zehn Jahren wurden juristische Personen um 40% steuerlich entlastet - nun wird überproportional in der Bildung gespart. Das kann nicht der Weg in eine vielversprechende Zukunft sein.

31. Mai 2014 / Mette Baumgartner